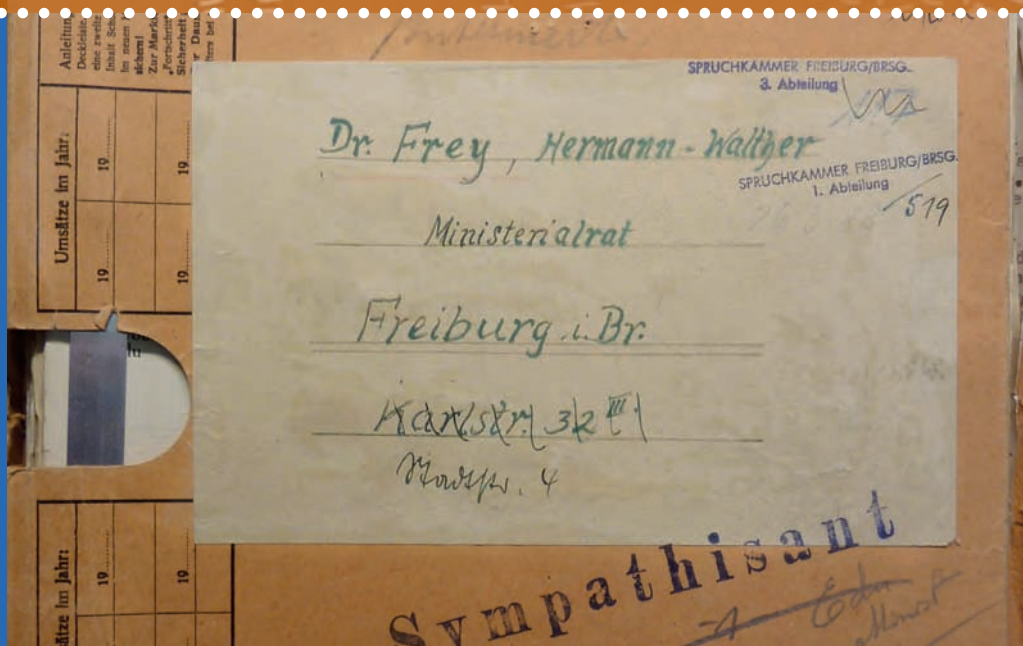


Münsteraner Schriften zur zeitgenössischen Musik



Michael Custodis (Hrsg.)

Herman-Walther Frey: Ministerialrat, Wissenschaftler, Netzwerker

NS-Hochschulpolitik und die Folgen

Münsteraner Schriften zur zeitgenössischen Musik

Herausgegeben von
Michael Custodis

Band 2

Michael Custodis (Hrsg.)

Herman-Walther Frey
Ministerialrat, Wissenschaftler, Netzwerker

NS-Hochschulpolitik
und die Folgen



Waxmann 2014
Münster • New York

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Münsteraner Schriften zur zeitgenössischen Musik, Band 2

ISSN 2195-741X

Print-ISBN 978-3-8309-3107-2

E-Book-ISBN 978-3-8309-8107-7

© Waxmann Verlag GmbH, 2014

www.waxmann.com

info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Pleßmann Design, Ascheberg

Titelbild: Deckblatt der Entnazifizierungsakte von Herman-Walther Frey im Centre des Archives diplomatiques de Ministère des Affaires étrangères, Sig. 1BAD461

Satz: Stoddart Satz- und Layoutservice, Münster

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier,
säurefrei gemäß ISO 9706



Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des

Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung

elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.



Frey in seinem privaten Berliner Arbeitszimmer (um 1938). Man beachte neben dem Beethoven-Portrait im Bildhintergrund auf dem Schreibtisch den linken Bilderrahmen mit einer Aufnahme von Kardinal Ehrle (Foto: Privatbesitz von Otto-Herman Frey)

Inhalt

Vorwort.....	9
<i>Michael Grüttner</i> Die deutschen Universitäten im Dritten Reich	13
<i>Michael Custodis</i> Kontinuität und Loyalität – Freys Wissenschaftsnetzwerk.....	29
<i>Uta Halle</i> „Frey [...] hat mal wieder völlig versagt“ – Herman-Walther Frey im Netzwerk der Vorgeschichtsforscher.....	43
<i>Magdalena Bushart</i> „Mitgeerbt“. Herman-Walther Freys kunsthistorische Netzwerke.....	67
<i>Oliver Bordin</i> Herman-Walther Freys wissenschaftspolitische Bedeutung – eine Skizze	91
Podiumsrunde zum Einfluss Herman-Walther Freys auf die Musikwissenschaft.....	145
Anhang	159
1. Liste der nachgewiesenen Publikationen von Herman-Walther Frey	159
2. Liste der Entlastungsschreiben.....	161
3. Dokumente	165
3.1 Entlastungsschreiben (Auswahl)	165
3.2 Brief von Herman-Walther Frey an Gero von Merhart	208
3.3 Briefe von Herman-Walther Frey an Richard Hamann	210
Personenregister	225

Vorwort

Die Aufarbeitung der Karriere des Musikwissenschaftlers Friedrich Blume, die mit seiner Berufung zum Kieler Ordinarius in der NS-Zeit ihren entscheidenden Schub erhielt, rückte einen Beamten im Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung (REM) in den Blick, der offensichtlich wesentlichen Einfluss auf diese Laufbahn genommen hat: Herman-Walther Frey. In der Literatur wurde er bislang nur am Rande erwähnt¹ und auch die aktuellste zeitgeschichtliche Forschung ließ sich noch nicht auf die unteren Verwaltungsebenen im REM ein, da vordringlicher zunächst die großen Wissenslücken zu Reichserziehungsminister Bernhard Rust, seinem Leitungszirkel sowie der Konkurrenz zu Goebbels' Propagandaministerium, dem Amt Rosenberg und Heinrich Himmlers SS-Machtapparat zu schließen waren.² Gerade aber Ministerialräten wie Frey oblagen mit selten klar eingegrenzten Ermessensspielräumen wesentliche Alltagsgeschäfte im REM, um für den reibungslosen Informationsaustausch zwischen ihrem Haus und Universitätsverwaltungen, Instituten, Forschungseinrichtungen und akademischem Spitzenpersonal zu sorgen und sicherzustellen, dass die Leitlinien des Ministers ungehindert umgehend umgesetzt werden.

Geht man von der bisherigen Sichtweise aus, dass Entscheidungen auf Ministerebene gefällt und anschließend über den Dienstweg in der Hierarchie nach unten weitergegeben wurden, mag es ungewöhnlich wirken, einem untergeordneten Beamten wie Frey einen Tagungsband zu widmen. Nimmt man stattdessen aber einmal die Gegenperspektive des bürokratischen Alltags einer reichsweit agierenden Verwaltungseinheit wie dem REM ein, die in der Folge der aggressiven Expansionspolitik des NS-Staates zudem rasch eine Vielzahl von Institutionen, Universitäten und Forschungseinrichtungen in ihre Strukturen einbinden musste und die nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs immer seltener geregelte Abläufe aufrecht erhalten konnte, so ist leicht vorstellbar, dass im Behördenalltag eine zentralisierte Lenkung aller laufenden und projektierten Vorgänge kaum umsetzbar war. Wenn die mittleren Ebenen eines Verwaltungsapparates vor allem auch für Vorbereitungen Sorge trugen, die – im Fall der Besetzung von Lehrstühlen – langfristige Folgen für die Ausrichtung eines Faches haben, beeinflussten folglich die Vor- und Nachgespräche mit Kandidaten, Fakultäten, Dekanen und Universitätsrektoren wesentlich die endgültigen Entscheidung. Das als Verhandlungsabschluss dann zu diskutierende Resultat hatte bis zur ruferteilenden Leitungsebene bereits einen zu langen bürokratischen Vorlauf gehabt, als dass im Regelfall Berufungsverfahren noch gestoppt

1 Michael Grüttner, *Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik*, Heidelberg 2004, S. 53.

2 In der herausragenden Studie von Anne C. Nagel *Hitlers Bildungsreformer, Das Reichsministerium für Wissenschaft Erziehung und Volksbildung 1934–1945*, Frankfurt am Main 2012 kommt der Name Freys nicht vor. Siehe zu Nagels Buch auch die Rezension von Mitchell G. Ash in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 36 (2013), S. 388–390.

worden wären und man damit die Arbeitsfähigkeit von Universitätsinstituten für unabsehbare Zeit riskiert hätte.

Als im Jahr 2011 die Recherchen zu Blumes Entnazifizierungsverfahren die Bedeutung von Herman-Walther Frey immer deutlicher konturierten,³ förderte die im Bundesarchiv Berlin verwahrte, umfangreiche Personalakte sowie die in Paris lokalisierte Spruchkammerakte eine erstaunliche Vita zu Tage, bei der wissenschaftliche Sozialisation und praktizierte Wissenschaftspolitik außergewöhnlich eng verzahnt waren. Da die Konsequenzen einer solchen Überlagerung fachlicher und administrativer Kompetenzen eine differenzierte, interdisziplinäre Untersuchung nahe legten, nahm ein Symposium im März 2013 Frey zum Fallbeispiel für die Engführung von Wissenschaft und NS-Hochschulpolitik, was der vorliegende Tagungsband dokumentiert. Neben einem Überblick von Michael Grüttner zur NS-Hochschulpolitik sowie einem Referat von Anne C. Nagel zur Struktur und Arbeitsweise des REM, das leider nicht abgedruckt werden konnte, übernahmen Magdalena Bushart für den Bereich der Kunstgeschichte sowie Uta Halle für die Vor- und Frühgeschichte erste Fallstudien, um die vermuteten Konsequenzen von Freys Tätigkeit für die Geschichte der von ihm betreuten Fächer vor und insbesondere nach 1945 zu untersuchen. Dem schloss sich Oliver Bordin an, der Freys Tätigkeiten im REM ins Verhältnis zur Ämterstruktur sowie zur Berufungspraxis des Ministeriums setzte und dabei rekonstruieren konnte, dass die von Ministerialräten wie Frey ausgefüllten Spielräume tatsächlich wesentlich größer waren als bislang angenommen. Da neben der hochgradig ideologisierten Vor- und Frühgeschichte besonders interessierte, die vom gelernten Kunsthistoriker und Musikwissenschaftler Frey selbst betreuten Fächer einmal genauer zu betrachten, galt die Aufmerksamkeit des Symposiums abschließend den Konsequenzen seines Verständnisses von philologischer Musikforschung für den Bereich der akademischen Musikwissenschaft in Form einer Podiumsrunde mit Friedrich Geiger, Wolfgang Rathert und Albrecht Riethmüller.

Ausgehend von zahlreichen neuen Erkenntnissen und Denkanstößen des Symposiums verstärkte sich bei anschließenden Nachrecherchen für diesen Tagungsband der Eindruck, dass Frey erstens sich der Kommunität der von ihm betreuten Wissenschaftler und insbesondere den philologisch ausgerichteten Kunsthistorikern und Musikwissenschaftlern zugehörig fühlte. Zweitens scheint, wie die Loyalitätsgesten der im Anhang in Auswahl abgedruckten Fachleute zeigen, durch Freys zwischen 1936 und 1944 geleistete Arbeit tatsächlich eine wechselseitige Verbundenheit gewachsen zu sein, so dass Frey sowohl während der Bedrängnis seines Spruchkammerverfahrens als auch zur Wiederaufnahme eigener wissenschaftlicher Studien sich auf die Solidarität seines alten Netzwerks verlassen konnte. Da die Vermutung einer großen Bedeutung Freys für die von ihm betreuten Fächer vor allem durch das Netzwerk seiner prominenten Unterstützer an Plausibilität gewinnt, die Dankbarkeit und Loyalität gegenüber einem Entmachteten zeigten, der für ihre eigene weitere Karriereplanung in der Nachkriegszeit keine Rolle mehr spielte, wur-

3 Siehe vom Autor, *Friedrich Blumes Entnazifizierungsverfahren*, in: *Die Musikforschung* 65 (2012), Heft 1, S. 1–24.

de der Tagungsband vom Herausgeber um einen kleinen Beitrag ergänzt, der die nach Kriegsende vertauschten Hierarchien zwischen ehemals abhängigen Universitätswissenschaftlern und einem nun machtlosen Ministerialbürokraten untersucht. Dabei sei noch einmal unterstrichen, dass der auf Herman-Walther Frey als Wissenschaftsnetzwerker konzentrierte Tagungsband keinesfalls als abschließende Darstellung, sondern als Anstoß verstanden werden will, die in den allermeisten Fällen ungebrochenen Karrierekontinuitäten von Wissenschaftlern aus der NS-Zeit nicht allein als Einzelfälle zu betrachten, sondern sie so im Verbund benachbarter Disziplinen zu sehen, wie sie in den damaligen Fakultäten eng beieinander standen.

Das Symposium am 7. und 8. März 2013 sowie der vorliegende Band wären nicht möglich gewesen ohne die tatkräftige Unterstützung zahlreicher Institutionen und Personen, denen an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Neben den Teilnehmern und Diskutanten sind hierbei zu nennen: Die Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Musikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität (namentlich Jürgen Heidrich, Gerhard Herfeldt, Dominik Höink, Ralf Jäger, Natalie Klein, Attila Kornel, Robert Memering, Peter Schmitz und Michael Werthmann), Prof. Dr. Claus Dobiati (Philipps-Universität Marburg), Alexander Frey (Berlin) und Prof. Dr. Otto-Herman Frey (Marburg), Prof. Dr. Andreas Holzem (Eberhard-Karls-Universität Tübingen), Matthias Meissner (Bundesarchiv Berlin), Andreas Thielemann (Bibliotheca Hertziana), Dr. Clemens Vollnhals (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden), Melanie Völker (Waxmann Verlag Münster), Dr. Claudia Wedepohl (Warburg-Institut London) sowie das Rektorat der Westfälischen Wilhelms-Universität für die großzügige finanzielle Unterstützung.

Münster, im Mai 2014

Michael Custodis

Michael Grüttner

Die deutschen Universitäten im Dritten Reich

Die Geschichte der deutschen Universitäten in der nationalsozialistischen Diktatur ist erst relativ spät zum Gegenstand historischer Forschung geworden. Noch in den 1980er Jahren wurden Jubiläumsschriften veröffentlicht, die den Eindruck erweckten, als habe es den Nationalsozialismus gar nicht gegeben – zumindest nicht an der eigenen Hochschule.¹ Etwa zu gleichen Zeit entstanden aber erstmals auch kritische Studien zu diesem Thema. Dabei handelte es sich anfangs oft um Projekte, die in deutlicher Distanz zur offiziellen Universität entstanden waren. Einige dieser frühen Arbeiten erreichten gleichwohl ein beachtliches wissenschaftliches Niveau.² Seit den 1990er Jahren und verstärkt nach der Jahrtausendwende kam dann eine intensive Forschung zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reiches in Gang. Gegenüber älteren Interpretationen, die davon ausgingen, dass die Universitäten im Kern „gesund“ geblieben seien, hat die neuere Forschung ganz überwiegend darauf hingewiesen, dass die Beziehungen zwischen dem Regime und den Universitäten sehr viel enger waren, als lange Zeit angenommen wurde. Zudem hat sich, im Gegensatz zur weit verbreiteten Überzeugung, „wahre“ Wissenschaft könne nur in einer Demokratie gedeihen, herausgestellt, dass auch eine moderne Diktatur wie die nationalsozialistische trotz starker antiintellektueller Ressentiments auf wissenschaftliches Expertenwissen angewiesen war und es für ihre Zwecke genutzt hat. Schließlich hat die neuere Forschung von der Vorstellung Abschied genommen, der Nationalsozialismus sei wissenschaftsfeindlich gewesen. Dagegen spricht insbesondere die Tatsache, dass die materiellen Aufwendungen für die Wissenschaft nach 1933 gestiegen sind.³

Universitäten vor der nationalsozialistischen Machtübernahme

Die Mehrzahl der deutschen Universitätslehrer hat dem Projekt einer demokratischen Republik ablehnend oder zumindest stark distanziert gegenüber gestanden. Die meisten Hochschullehrer trauerten dem untergegangenen Bismarckreich nach und erblickten in der Weimarer Republik hauptsächlich das „beschämende Ergebnis eines verlorenen Krieges“ – so rückblickend der Jurist Wolfgang Kunkel.⁴ Doch

1 Siehe beispielsweise Heinz Dollinger (Hg.), *Die Universität Münster 1780–1980*, Münster 1980.

2 Siehe Heinrich Becker et al. (Hg.), *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, München 1987 (21998).

3 Michael Grüttner, *Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus*, in: Doris Kaufmann (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000, Band 2, S. 557–585, hier: S. 577.

4 Wolfgang Kunkel, *Der Professor im Dritten Reich*, in: *Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München*, München 1966, S. 103–133, hier: S. 107.

waren nur wenige Hochschullehrer vor 1933 Mitglieder der NSDAP. Parteipolitisch neigten die Hochschullehrer stattdessen zu den Deutschnationalen oder zur nationalliberalen Deutschen Volkspartei. Als Gruppe gehörten die Hochschullehrer damit zu jenen traditionellen Eliten, die einen signifikanten Beitrag zur Zerstörung der Weimarer Republik leisteten, ohne am Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung in nennenswerter Weise beteiligt gewesen zu sein.

Mit der anti-republikanischen Haltung verknüpft war ein weit verbreiteter Antisemitismus, der sich vor allem bei Berufungen bemerkbar machte. Allerdings war dies gewiss kein eliminatorischer Antisemitismus im Sinne Daniel Goldhagens. Denn trotz erwiesener Benachteiligung spielten Juden bis 1933 eine bedeutende Rolle im Hochschulwesen. In Preußen gehörten 1924 etwa 9 Prozent aller Hochschullehrer der jüdischen Religionsgemeinschaft an – darunter zahlreiche bedeutende Wissenschaftler. Auffällig ist allerdings, dass die meisten jüdischen Hochschullehrer Privatdozenten oder nichtbeamtete außerordentliche Professoren waren, während im eigentlichen Kernbereich des Lehrkörpers, unter den Ordinarien, die Zahl der Juden auf einen relativ kleinen Kreis beschränkt blieb.⁵

Anfang der 1930er Jahre befanden sich die deutschen Hochschulen in einer schweren Krise. Erst vor dem Hintergrund dieser Krise wird die relativ reibungslose Gleichschaltung der Hochschulen von 1933/34 verständlich. Dies war zum einen eine finanzielle Krise. Allein zwischen 1930 und 1932 wurden die staatlichen Aufwendungen für die Universitäten in Preußen um mehr als ein Drittel gekürzt. Sie war zweitens eine Legitimationskrise, hervorgerufen durch die zunehmende Kritik, gerade auch von studentischer Seite, an der „Lebensabgewandtheit“ und der zunehmenden Aufsplitterung der Wissenschaft.⁶ Drittens handelte es sich um eine Krise des wissenschaftlichen Nachwuchses. Etwa seit der Jahrhundertwende hatte sich im Lehrkörper der Universitäten der Anteil der nichtbeamteten Hochschullehrer fast kontinuierlich erhöht. Im Sommersemester 1932 standen von mehr als 5.000 Professoren und Privatdozenten nur 45 Prozent in einer beamteten Stellung. Die übrigen 55 Prozent hatten oft nur ein relativ kärgliches Auskommen und wenig Hoffnung, dass sich daran in Zukunft viel ändern würde. Von den Privatdozenten und nichtbeamt. a. o. Professoren der Philosophischen Fakultäten konnte nach Berechnungen des Hochschulverbandes Anfang der 1930er Jahre nur etwa ein Drittel darauf hoffen, jemals einen Lehrstuhl zu erhalten, an den Medizinischen Fakultäten war es sogar nur ein Siebtel.⁷

5 Michael Grüttner, *Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz*, in: John Connelly und derselbe (Hg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, S. 67–100, hier: S. 68f.

6 Siehe Andreas Feickert, *Studenten greifen an. Nationalsozialistische Hochschulrevolution*, Hamburg 1934, S. 15ff.

7 Friedrich Solger, *Die Statistik des Hochschulverbandes über den akademischen Nachwuchs*, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 11 (1931), S. 2ff.

Nationalsozialistische Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Anfang 1933 fühlte sich in der NSDAP niemand für Wissenschaft zuständig, und auch eine Organisation nationalsozialistischer Wissenschaftler existierte damals noch nicht. Dieses Vakuum nutzte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB), der 1933/34 auf eigene Faust versuchte, eine „nationalsozialistische Hochschulrevolution“⁸ zu inszenieren. Durch die vehementen Attacken studentischer Aktivisten gegen die „reaktionären“ und „verkalkten“ Professoren erhielt die Phase der „Machtergreifung“ an den Hochschulen den Charakter eines Generationskonfliktes, der die traditionellen Hierarchien zeitweise außer Kraft setzte.

Auf sicherem Boden bewegten sich die nationalsozialistischen Hochschulpolitiker nur dort, wo bestimmte Maßnahmen sich eindeutig aus eingeschliffenen Feindbildern ergaben. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Vertreibung jüdischer oder politisch unliebsamer Hochschullehrer, die Beseitigung demokratischer Strukturen – soweit man davon an den Hochschulen sprechen konnte – zugunsten des „Führerprinzips“ sowie eine Personalpolitik, bei der neben dem Kriterium der Leistung auch Gesinnung und „Rasse“ eine entscheidende Rolle spielten. Wer nicht den Eindruck erweckte, dem Regime mindestens loyal gegenüber zu stehen, hatte keine Chance zu reüssieren.

Die traditionelle Struktur der deutschen Hochschulen ist dementsprechend bereits im Jahre 1933 von den Kultusministerien per Runderlass liquidiert worden. An die Stelle der Ordinariendemokratie trat das „Führerprinzip“. Rektoren und Dekane wurden nicht mehr von ihren Kollegen gewählt. Stattdessen bestimmte das 1934 gegründete Reichserziehungsministerium (REM)⁹ fortan einen Rektor aus dem Kreis der nationalsozialistischen oder regimenahen Professoren. Der Rektor wiederum ernannte die Dekane. Während die bisherigen Entscheidungsgremien (Universitätssenat und Fakultäten) an Bedeutung verloren, avancierten die Rektoren zu „Führern“ der Hochschulen, die Dekane zu „Führern“ der Fakultäten. Der Rektor war nicht mehr als primus inter pares an Gremienentscheidungen gebunden, sondern unterstand dem Ministerium. Wahlen entfielen fortan. In der Praxis blieb die Figur des scheinbar allmächtigen Führer-Rektors aber weitgehend eine Fiktion.¹⁰ Zum einen zeigten die Funktionäre des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes (NSDDB) und des NSDStB oft wenig Bereitschaft, sich dem Rektor unterzuordnen, sondern bildeten faktisch Nebenregierungen, was zu häufigen Konflikten Anlass gab.¹¹ Zum anderen mischten sich auch örtliche Parteistellen (vor allem die Gauleiter) immer wieder in die Rektoratsgeschäfte ein. Dennoch erwies

8 Zum NSDStB siehe Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995.

9 Zum REM siehe Anne C. Nagel, *Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945*, Frankfurt am Main 2012.

10 Hellmut Seier, *Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934–1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 12 (1964), Heft 2, S. 105–146.

11 Zum NSDDB siehe Anne C. Nagel, „Er ist der Schrecken überhaupt der Hochschule“ – *Der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund in der Wissenschaftspolitik des Dritten Reichs*, in: Joachim Scholtyseck und Christoph Studt (Hg.), *Universitäten und Studenten im Dritten Reich*, Berlin 2008, S. 115–132.

sich die Durchsetzung des Führerprinzips für die Universitäten als bedeutsamer Einschnitt, weil dadurch sichergestellt wurde, dass in allen leitenden Positionen Professoren saßen, die Nationalsozialisten waren oder dem Regime zumindest nahe standen. Insgesamt hatte die Umstrukturierung der Hochschulen nach der „Macht-ergreifung“ vor allem zwei Konsequenzen: 1. eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse von den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen zur Staats- und Parteibürokratie und 2. eine partielle Entmachtung der Ordinarien, die bis 1933 das universitäre Leben beherrschten hatten.

Schließlich wurde auch die Forderung nach einer neuen nationalsozialistischen Wissenschaft erhoben. Was das genau bedeutete und wie eine nationalsozialistische Philosophie, Germanistik oder Physik auszusehen hatte, darüber bestanden allerdings nur unklare und häufig widersprüchliche Vorstellungen. Zudem konnten sich die zuständigen Staats- und Parteistellen – das REM, der NSDDB, das Amt Rosenberg und andere – nicht darüber einig sein, wer von ihnen dazu berufen war, die Wissenschaft im Sinne des Regimes auszurichten und zu lenken.

Die Säuberungspolitik und ihre Folgen

Zwischen 1933 und 1945 wurden 18–19 Prozent des Lehrkörpers der deutschen Universitäten entlassen. Wenn man sich die Entlassungsgründe genauer anschaut, dann fällt auf, dass bei etwa 80 Prozent der Entlassenen antisemitische Motive im Vordergrund standen, d.h. es handelte sich um Juden oder um Wissenschaftler, die (teilweise) jüdischer Herkunft waren oder um Hochschullehrer, deren Ehefrau „Nichtarierin“ war. Weiter zeigt die Statistik erhebliche Unterschiede zwischen jenen Hochschulen, die aufgrund der Entlassungen einen erheblichen Teil des Lehrkörpers verloren, manchmal mehr als ein Drittel (Berlin, Frankfurt), und anderen, die nur marginal von der Säuberungspolitik betroffen waren (Tübingen), weil sie schon vor 1933 darauf geachtet hatten, keine Juden zu habilitieren oder zu berufen.¹² Die Folgen der Massenentlassungen lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens: ein wissenschaftlicher Substanzverlust. Zwar rechtfertigt eine Entlassungsquote von 18–19 Prozent es nicht, von einer „geistigen Enthauptung Deutschlands“ zu sprechen, wie in älteren Arbeiten zu lesen ist. Allerdings gibt es gute Gründe anzunehmen, dass der durch die Entlassungen verursachte Verlust an wissenschaftlicher Substanz deutlich größer war, als die schiere Zahl der entlassenen Wissenschaftler vermuten lässt. Neuere Arbeiten zur Geschichte der Physik, Biologie und Chemie zeigen, dass wissenschaftliche Spitzenkräfte unter den emigrierten Wissenschaftlern weit überproportional vertreten waren.

Zweitens: Für viele Zeitgenossen stand beim Blick auf die Folgen der Entlassungen allerdings nicht der wissenschaftliche Substanzverlust im Vordergrund, sondern ein ganz anderer Aspekt, nämlich die Auswirkungen, die die Entlassungen auf

¹² Michael Grüttner und Sven Kinas, *Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), Heft 1, S. 123–186.

den akademischen Arbeitsmarkt in Deutschland hatten. Aus der Perspektive der zahlreichen in ungesicherten Verhältnissen lebenden Wissenschaftler, die Anfang der 1930er Jahre noch guten Grund hatten, sich als „verlorene Generation“ zu fühlen, eröffnete sich mit den 1933 einsetzende Massenentlassungen eine zweite Chance, und viele von ihnen waren offensichtlich fest entschlossen, sie zu nutzen. Schon aus diesem Grund war eine geschlossene Abwehrreaktion der deutschen Hochschulen gegenüber den Massenentlassungen unrealistisch. Max Planck, der sich für eine ganze Reihe bedrohter Kollegen einsetzte, hat diesen Zusammenhang im Juli 1933 illusionslos formuliert. Als Otto Hahn ihm vorschlug, eine möglichst große Zahl prominenter Professoren zusammenzubringen, um gegen die Behandlung der jüdischen Kollegen zu protestieren, antwortete Planck: „Wenn heute 30 Professoren aufstehen und sich gegen das Vorgehen der Regierung einsetzen, dann kommen morgen 150 Personen, die sich mit Hitler solidarisch erklären, weil sie die Stellen haben wollen.“¹³

Drittens: Mit der Entlassung zahlreicher bedeutender Wissenschaftler stärkten die Nationalsozialisten das wissenschaftlich-militärische Potential der Alliierten und trugen dadurch zur Niederlage der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg bei. Ein Großteil der Emigranten, die Deutschland nach 1933 verließen, ging nach Großbritannien oder in die USA, in Länder also, denen NS-Deutschland 1939 und 1941 den Krieg erklärte. Es waren die aus Deutschland geflüchteten Physiker Albert Einstein, Leo Szilard und Eduard Teller, die den Bau der amerikanischen Atombombe in Gang brachten, indem sie den amerikanischen Präsidenten auf das militärische Potential der Kernenergie hinwiesen. Angetrieben von dem Alptraum, Hitler könne als erster über die Atombombe verfügen, beteiligten sich darüber hinaus zahlreiche Emigranten in führender Position an den Forschungen, die schließlich zur Entwicklung der ersten Atombombe führten.¹⁴

Personalpolitik und Berufungen

Seit 1933 wurden sämtliche akademischen Karriereschritte mit einer politischen Überprüfung der Kandidaten verknüpft. Berufungen, die Einstellung von Assistenten und die Erteilung von Dozenturen, aber auch die Genehmigung von Auslandsreisen – alle diese Entscheidungen hingen fortan nicht nur von der fachlichen Qualifikation, sondern auch von der politischen Beurteilung der Kandidaten ab. Wer nicht, zumindest nach außen, den Eindruck „politischer Zuverlässigkeit“ vermittelte, hatte keine Chance, eine dauerhafte Position im Wissenschaftsbetrieb zu erhalten. Unter solchen Bedingungen entschieden sich die meisten Nachwuchswissenschaftler, einer nationalsozialistischen Organisation beizutreten. Seit Februar 1939

13 Otto Hahn, *Mein Leben*, München 1968, S. 145.

14 Richard Rhodes, *Die Atombombe oder die Geschichte des 8. Schöpfungstages*, Nördlingen 1988.

stand die Beamtenlaufbahn ohnehin nur noch Bewerbern offen, die der Partei oder einer Parteigliederung (SA, SS, NSDDB u.a.) angehörten.¹⁵

Eine solche Personalpolitik schuf notwendigerweise Konflikte zwischen politischen und wissenschaftlichen Auswahlkriterien. In den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“ waren die mit Hochschulpolitik befassten Staats- und Parteistellen hauptsächlich daran interessiert, möglichst viele einflussreiche Positionen mit zuverlässigen Nationalsozialisten zu besetzen. Bei Berufungen wurden die Fakultäten vielfach übergangen oder gar nicht erst angehört. In einigen Fällen kam es zur Besetzung von Lehrstühlen mit Parteigängern des Regimes ohne wissenschaftliche Qualifikation. In bestimmten Parteikreisen wurden solche Lehrstuhlbesetzungen geradezu als Triumph über die „liberalistische“ Hochschule gefeiert.

Diese Politik erwies sich jedoch auch in den Augen führender Nationalsozialisten als problematisch. Es stellte sich bald heraus, dass wissenschaftlich nicht qualifizierte Außenseiter, die aus primär politischen Gründen einen Lehrstuhl erhalten hatten, von den Studenten generell gemieden wurden, wenn sie nicht sogar der allgemeinen Belustigung dienten.¹⁶ Zudem erkannte eine wachsende Zahl von Wissenschaftspolitikern, dass eine Personalpolitik, die sich primär an politischen und nicht an akademischen Kriterien orientierte, die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft schädigte und damit auch ihren Gebrauchswert für das politische System. 1936 konstatierte der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Walter Gross, die Partei habe bislang einen „unzweckmäßigen Weg gewählt“. Es sei nicht möglich, „durch Ministeriumsbeschluss aus einem braven alten Kämpfer, der aus äußeren und inneren Gründen wissenschaftlich eine Null ist, plötzlich einen Träger deutscher Wissenschaft herzustellen“. Keinesfalls könne „eine Minderleistung durch politische Zuverlässigkeit aufgehoben“ werden, weil „sonst die Gesamtleistung des nationalsozialistischen Regimes auf diesem Fachgebiet leiden muss.“¹⁷

Nicht alle Wissenschaftspolitiker der NSDAP teilten diese Auffassung. Gleichwohl gewannen nun fachliche gegenüber politischen Gesichtspunkten wieder stärker an Gewicht. Seit 1937 wurde diese Linie auch von dem neuen Amtschef Wissenschaft im REM, Otto Wacker, vertreten. Im April 1937 registrierte ein Funktionär der Reichsstudentenführung: „Die derzeitige Berufungspolitik des REM geht davon aus, dass der erste Gesichtspunkt die fachliche Leistung ist, dass eine Berufung nur auf Grund politischer Zuverlässigkeit nicht in Frage kommt.“¹⁸ Dementsprechend wurde den Vorschlägen der Fakultäten in Berufungsverfahren wieder größere Bedeutung eingeräumt als in den ersten Jahren der NS-Herrschaft.¹⁹

15 Siehe die *Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten* vom 28. Februar 1939, in: *Reichsgesetzblatt* 1939 Teil I Nr. 38, S. 371.

16 Beispiele bei Helmut Böhm, *Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936)*, Berlin 1995, S. 506ff.

17 Walter Groß, *Betrifft „Entpolitisierung“ von Wissenschaft und Hochschule*, 20. Oktober 1936, in: Bundesarchiv Berlin, NS 38/3636.

18 Fritz Kubach an den Reichsstudentenführer, 12. April 1937 (Durchschr.), in: Bundesarchiv Berlin, NS 38/3714.

19 Notker Hammerstein, *Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main*, Band 1, Neuwied und Frankfurt am Main 1989, S. 420.

Auf der anderen Seite war die Partei keineswegs bereit, bei Personalentscheidungen, besonders bei Berufungen, auf eine politische Überprüfung der Kandidaten zu verzichten. Daraus resultierten längere Konflikte und Verhandlungen zwischen dem REM und dem Stab von Rudolf Heß, dem „Stellvertreter des Führers“. Diese Verhandlungen endeten mit der Einigung über ein neues Verfahren zur Durchführung von Berufungen. Der von Otto Wacker und Martin Bormann ausgearbeitete Kompromiss sah vor, dass die in Form von Dreierlisten erarbeiteten Vorschläge der Fakultäten auch weiterhin, wie schon vor 1933, die Grundlage der Berufungsverfahren bilden sollten. Die Liste der Fakultäten wurde über den Rektor an das REM weitergeleitet. Wenn das REM bereit war, einen von der Fakultät gewünschten Kandidaten zu akzeptieren, musste es – wie bei der Ernennung von Beamten allgemein vorgeschrieben – eine Stellungnahme des Stabes Heß einholen. Der Stab Heß forderte daraufhin von verschiedenen Parteistellen politische Gutachten an, insbesondere vom NSDDB, vom Sicherheitsdienst (SD) der SS und von der zuständigen Gauleitung. Auf dieser Grundlage wurde dann das offizielle Urteil der Partei über die zur Auswahl stehenden Kandidaten gefällt. Die entscheidende Frage, wer bei Meinungsverschiedenheiten das letzte Wort haben sollte, das Ministerium oder der „Stellvertreter des Führers“, ließ der offizielle Erlass offen.²⁰ Diese Frage war lange Zeit heftig umstritten. Schließlich musste das REM sich jedoch den Forderungen von Heß und Bormann beugen. Auf der Rektorenkonferenz im Dezember 1937 verkündete Wacker die Kapitulation des Ministeriums: „Gegen eine Entscheidung des Stellvertreters des Führers selbst steht uns keine Stellungnahme zu.“²¹ Damit verfügte die Partei faktisch über ein Vetorecht bei Berufungen und anderen wichtigen wissenschaftspolitischen Personalentscheidungen. Das neue Berufungsverfahren erfüllte also einerseits den Wunsch der Partei nach einer politischen Kontrolle des wissenschaftlichen Nachwuchses. Andererseits sollte das Vorschlagsrecht der Fakultäten nach den Vorstellungen des REM dafür sorgen, dass wissenschaftlich nicht qualifizierte Personen von vornherein unberücksichtigt blieben.

Drei Jahre nach der „Machtergreifung“ veränderten sich die Rahmenbedingungen für personalpolitische Entscheidungen. Zu dieser Zeit machte sich erstmals ein zunehmender Mangel an qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern bemerkbar, der sich schließlich zu einem Dauerproblem nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik entwickelte. 1936 konstatierte einer der führenden NS-Professoren, Ernst Kriek, „dass der qualitative und quantitative Mangel an Nachwuchs die Hauptgefahr für die Zukunft der deutschen Hochschule ist.“²² Allerdings betraf dieses Problem nicht alle Disziplinen gleichmäßig. Besonders ausgeprägt waren die Nachwuchsprobleme zum einen in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten (vor allem Strafrecht, Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht, Römisches Recht, Betriebswirtschaftslehre), zum anderen in den Kernfächern der Technischen Hochschulen (Ma-

20 Siehe den *Erlass über die Beteiligung des Stellvertreters des Führers bei der Ernennung von Beamten*, 24. September 1935, in: *Reichsgesetzblatt* 1935 Teil I Nr. 107, S. 1203.

21 Niederschrift über die Rektorenkonferenz am 15.12.1937, in: Bundesarchiv Berlin, R 4901/708 Bl. 125.

22 Ernst Kriek, *Der Nachwuchs der Hochschullehrer*, in: *Volk im Werden* 4 (1936), Heft 2, S. 111f., hier: S. 111.

schinenbau, Architektur, Elektrotechnik u.a.), während an den Medizinischen Fakultäten auch weiterhin ein Überangebot an Nichtordinarien bestand.²³

Die Lage verschärfte sich erheblich, als während des Krieges ein großer Teil der jüngeren Wissenschaftler auf die Schlachtfelder des Zweiten Weltkrieges geschickt wurde. Doch wies der SD ausdrücklich darauf hin, dass der Dozenten- und Assistentenmangel nicht in erster Linie auf den Krieg zurückzuführen sei, „sondern in weit größerem Umfang auf die in den letzten Jahren zunehmend zu beobachtende *Abneigung des Nachwuchses, den Hochschullehrerberuf zu ergreifen*. Hierbei sei die Überlegung maßgebend, dass es sich in Anbetracht der ansehensmäßig und finanziell abgewerteten wissenschaftlichen Berufe nicht mehr lohne, sich dem Risiko, der Unsicherheit und der Mühe der Habilitation zu unterziehen.“²⁴

Einige Monate später sprach der SD sogar von einer regelrechten „Flucht aus der Wissenschaft“²⁵. Vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern wechselten zahlreiche talentierte Wissenschaftler in die Industrie, weil dort ein wesentlich höherer Verdienst und bessere Arbeitsmöglichkeiten lockten. Außerdem wirkte die an den Hochschulen praktizierte politische Kontrolle und Überwachung des Nachwuchses abschreckend.²⁶ Die wachsende Nachwuchsknappheit machte eine rigorose, politisch ausgerichtete Personalpolitik praktisch unmöglich, wenn das Kriterium der fachlichen Qualifikation nicht völlig in den Hintergrund treten sollte. Dadurch verbesserten sich auch für Wissenschaftler, die als „politisch unzuverlässig“ galten, die Chancen zu avancieren, sofern sie nicht offen als Gegner des Nationalsozialismus in Erscheinung traten.²⁷ Selbst Ernst Kriek trat seit 1936 auch dann für missliebige Professoren ein, wenn „starke politische Bedenken“ gegen sie vorlagen, sofern es sich um Hochschullehrer handelte, für die kein wissenschaftlich gleichwertiger Ersatz zur Verfügung stand.²⁸

Hochschullehrer im Dritten Reich

Die Reaktion der Hochschulen auf den Nationalsozialismus war weitgehend bestimmt durch die Generationszugehörigkeit und den Status innerhalb der Hochschule. Als Faustregel lässt sich festhalten: Je geringer der akademische Status und

23 Siehe die statistische Übersicht über *Die unbesetzten und überaltert besetzten [...] Lehrstühle der wissenschaftlichen Hochschulen Großdeutschlands nach dem Stande vom 15.03.1943*, in: Archiv der Humboldt-Universität Berlin, Rektor und Senat 155.

24 *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, hg. von Heinz Boberach, Herrsching 1984, Band 10, S. 3960 (16. Juli 1942). Hervorhebung im Original. Ähnlich auch: Band 11, S. 4141ff. (27. August 1942).

25 *Meldungen aus dem Reich*, Band 12, S. 4494f. (23. November 1942).

26 Siehe etwa die Ausführungen des Marburger Chemikers Alfred Thiel: *Denkschrift über Fragen des akademischen Nachwuchses*, 10. August 1936, Abschrift in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 483/4648a.

27 Beispiele bei Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, Teil I, München 1991, S. 238 und 282ff. sowie Mark Walker, *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe*, Berlin 1990, S. 86f.

28 Birgit Vézina, „Die Gleichschaltung“ der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, Heidelberg 1982, S. 172.

je jünger die Hochschulangehörigen waren, desto früher und intensiver erfolgte ihre Hinwendung zum Nationalsozialismus. Im Umkehrschluss folgt daraus: Je älter und etablierter sie waren, umso distanzierter verhielten sie sich gegenüber der NSDAP. Die größte Resonanz fand die NSDAP demzufolge unter den Studierenden. Bereits 1931 avancierten die Nationalsozialisten zur stärksten politischen Kraft in der Studentenschaft.²⁹ Damals übernahm der NSDStB die Dachorganisation der Studierenden, die Deutsche Studentenschaft. In der Studentenschaft, so könnte man es pointiert formulieren, fand die „Machtergreifung“ schon eineinhalb Jahre vor 1933 statt.

Auch für die an Hochschulen tätigen Wissenschaftler gilt, dass der Anteil der NSDAP-Mitglieder in den jüngsten Altersgruppen am höchsten war und mit zunehmendem Alter schrittweise abnahm. Zwar gehörten zu jenen Wissenschaftlern, die sich 1933 öffentlich für das NS-Regime erklärten, auch renommierte Ordinarien wie Martin Heidegger oder Carl Schmitt. Die Masse der neuen Parteigenossen rekrutierte sich aber aus dem Kreis der Assistenten, Privatdozenten und außerordentlichen Professoren. Dieser Zusammenhang war schon für die Zeitgenossen so evident, dass man bald von einer „Privatdozentenkrankheit“ sprach.³⁰ Wichtiger noch: Der wissenschaftliche Nachwuchs war nicht nur unter den Parteimitgliedern, sondern auch unter den politischen Aktivisten weit überproportional vertreten: „Die aktiven Nationalsozialisten sind fast ausschließlich auf den Kreis der jüngeren Dozenten beschränkt“, urteilte Carl Schmitt 1934 in einem unveröffentlichten Bericht über die Lage der Juristischen Fakultäten.³¹ Dies lag nicht nur daran, dass die vor 1933 ausgesprochen miserablen Karrierechancen der Nachwuchskräfte sich aufgrund der Massentlassungen erheblich verbesserten. Vielmehr scheint die Begeisterung für den Nationalsozialismus unter den jüngeren nichtetablierten Hochschul Lehrern deutlich größer gewesen zu sein als unter den Ordinarien. Dazu hat gewiss auch das öffentliche Auftreten der NSDAP beigetragen, die sich 1933 noch als eine Art Jugendbewegung gegen das „Versagen“ der älteren Generation gebärdete.³²

Dennoch haben sich in den folgenden Jahren auch viele der etablierten Professoren zunehmend dem Regime zugewandt. Vor allem die außenpolitischen Erfolge des Regimes haben auch zahlreiche Professoren, die sich zunächst abwartend oder skeptisch verhielten, dem Nationalsozialismus in die Arme getrieben. 1938, nach dem Anschluss Österreichs und der erfolgreichen Beendigung der „Sudetenkrise“, hatten die Nationalsozialisten und ihre Bündnispartner fast alles erreicht, wovon das nationalistische Bürgertum seit 1919 träumte. Ein liberal-konservativer Hoch-

29 Anselm Faust, *Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1973, Band 2, S. 17ff.

30 Christian Jansen, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer*, Göttingen 1992, S. 243.

31 Carl Schmitt, *Bericht über die Entwicklung der Reichsfachgruppe Hochschullehrer im BNSDJ und die Verhältnisse an den rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten während des Wintersemesters 1933/34*, Ms., S. 2f., in: Staatsarchiv Hamburg, Hochschulwesen II Aa 38/2.

32 Michael Grüttner, *Machtergreifung als Generationskonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus*, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 339–353.

schullehrer wie der Historiker Percy Ernst Schramm notierte im Oktober 1938: „80 Millionen – ohne Blutvergießen. Das konnte weder Bismarck noch die Jungfrau von Orléans, sondern nur jemand der beide Fähigkeiten vereinigte. Man ist zu erfüllt, um wieder an die Arbeit zu gehen [...]. Nun ist 1938 also doch das große Jahr unseres Lebens, über das kein weiteres uns hinausheben kann [...]“.“³³

Auf den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges reagierten die Universitäten, ebenso wie die deutsche Bevölkerung insgesamt, zunächst sehr zurückhaltend. Umso stärker war jedoch der Enthusiasmus nach den ersten großen militärischen Erfolgen. Insbesondere der Feldzug gegen Frankreich 1940 scheint auf viele zunächst skeptische Hochschullehrer eine ähnliche Wirkung gehabt zu haben wie die Reichsgründung von 1871 und die ihr vorausgegangenen militärischen Siege auf das liberale Bürgertum der Generation von 1848. Die enthusiastische Reaktion des liberalen Historikers Friedrich Meinecke gibt eine Ahnung von der Breite dieses Stimmungswandels. In einem Brief, den Meinecke im Juli 1940 an einen Kollegen schrieb, heißt es: „Freude, Bewunderung und Stolz auf dieses Heer müssen zunächst auch für mich dominieren. Und Straßburgs Wiedergewinnung! Wie sollte einem da das Herz nicht schlagen. Es war doch eine erstaunliche, und wohl die größte positive Leistung des 3. Reiches, in vier Jahren ein solches Millionenheer neu aufzubauen und zu solchen Leistungen zu befähigen [...]. Ich will [...] in Vielem, aber nicht in Allem umlernen.“³⁴

Insgesamt hat sich unter dem Eindruck der Erfolge des Regimes offensichtlich auch ein großer Teil der zunächst kritischen Hochschullehrer dem Nationalsozialismus angenähert. Diese Entwicklung führte jedoch nicht zu einer vorbehaltlosen Identifikation mit dem Regime. Abschreckend wirkte an den Hochschulen insbesondere der Anti-Intellektualismus der NSDAP. Selbst ein überzeugter Nationalsozialist wie der Berliner Germanist Franz Koch konnte nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass das Renommee der Hochschullehrer sich seit 1933 drastisch verringert hatte. Im November 1939 artikulierte Koch seine tiefe Enttäuschung über diese Tatsache in einer vertraulichen Denkschrift, die unter dem Titel „Schweigen hieße Verrat“ an verschiedene Parteistellen verschickt wurde. Darin hieß es unter anderem: „Die Autorität der Universität, im weiteren Sinne der Wissenschaft ist zerstört, der Wissenschaftler, der Professor gilt, indem man ihn [...] zum ‚Intellektuellen‘ stempelt, geradezu grundsätzlich als anfechtbare Erscheinung“. Der Professor, so heißt es weiter, werde mit „Abgunst und Mißtrauen betrachtet, in der Öffentlichkeit immer wieder angegriffen, allzu selten geschützt und verteidigt, [...] niemals anerkannt [...]“.“³⁵

33 Zitiert in Joist Grolle, *Der Hamburger Percy Ernst Schramm – ein Historiker auf der Suche nach der Wirklichkeit*, Hamburg 1989, S. 33.

34 Friedrich Meinecke an Siegfried A. Kaehler, 4. Juli 1940, in: Friedrich Meinecke, *Ausgewählter Briefwechsel*, hg. und eingeleitet von Ludwig Dehio und Peter Classen, Stuttgart 1962, S. 364.

35 *Schweigen hieße Verrat*, in: Bundesarchiv Berlin, R 43 II 940b Bl. 28ff.

Wissenschaft

Obwohl die nationalsozialistischen Hochschulpolitiker große Schwierigkeiten hatten, genauer zu definieren, welche Art von Wissenschaft sie haben wollten, so war doch eines klar: Die neuen Machthaber forderten eine Wissenschaft, die für das Regime, für die „Volksgemeinschaft“ von Nutzen sein sollte. Charakteristisch für diese Einstellung war ein Artikel, den „Das Schwarze Korps“, die Zeitung der SS, 1936 veröffentlichte: „Der tote Wissenskrepel des liberalistischen Jahrhunderts nützt weder dem Volk noch dem Staat, und wir haben keine Lust, noch länger die Anmaßung einiger bezahlter Staatsdiener zu dulden, die unter Berufung auf eine angebliche Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft das Recht fordern, auch weiterhin Dinge treiben zu dürfen, die das Volk nicht interessieren und ihm daher auch nichts nützen.“³⁶

Wer als Wissenschaftler seine Nützlichkeit für das Regime unter Beweis stellen wollte, konnte dies prinzipiell auf zwei Wegen tun, als Ideologe oder als Experte. Wie die neuere Forschung gezeigt hat, bestand unter Wissenschaftlern eine große Bereitschaft, alles zu unterstützen, was von den Zeitgenossen als Beitrag zum „Wiederaufstieg Deutschlands“ wahrgenommen wurde. Naturwissenschaftler und Techniker hatten daher in der Regel keine Probleme damit, sich als Experten für den Vierjahresplan, die Rüstungsforschung oder für die Wehrmacht zur Verfügung zu stellen, jedenfalls so lange dabei die Autonomie der Forscher respektiert wurde. Die ideologische Anpassung an das Regime war dagegen aus Sicht der meisten Hochschullehrer problematischer, weil sie dem traditionellen Grundsatz widersprach, Wissenschaft und Politik voneinander getrennt zu halten.

Gleichwohl haben sich auch im Bereich der Geisteswissenschaften vielfältige Formen der Anpassung an das Regime herauskristallisiert.³⁷ Dabei lassen sich sechs verschiedene Variationen unterscheiden:

1. Anpassung durch Ausblenden. Diese mildeste Variante der Anpassung bestand darin, bestimmte heikle Themen nicht mehr anzusprechen, Namen von Emigranten und anderen Unpersonen nicht länger zu erwähnen, jüdische Kollegen nur noch selten oder gar nicht zu zitieren.
2. Politisierung nach dem Sandwich-Prinzip. Anpassung beschränkte sich in diesem Fall auf gelegentliche politische Botschaften in Vorworten, Einleitungen oder Zusammenfassungen, ohne dass sich an der Substanz der Arbeit etwas änderte.
3. Begriffliche Anpassung an die LTI, die von Victor Klemperer eindringlich analysierte Sprache des Regimes. Dazu gehörte das Einsickern von Begriffen wie „artfremd“, „Führer“, „Gefolgschaft“, „heldisch“, „Volkstum“, oder „völkisch“ in wissenschaftliche Publikationen. Eine Beurteilung solcher Prozesse ist oft

³⁶ *Geschichte – „richtig“ gesehen*, in: *Das Schwarze Korps*, Folge 50, 10. Dezember 1936, S. 6.

³⁷ Siehe zum Folgenden: Michael Grüttner, *Die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik und die Geisteswissenschaften*, in: Holger Dainat und Lutz Danneberg (Hg.), *Literaturwissenschaft und Nationalsozialismus*, Tübingen 2003, S. 13–39.

schwierig, weil sie, wie man von Klemperer lernen kann, keineswegs immer bewusst verliefen.³⁸

4. Anpassung im außerwissenschaftlichen Bereich, durch Parteieintritt oder gelegentliche Zeitungsartikel, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung traditioneller Methoden und Standards in wissenschaftlichen Publikationen. Ein solches Verhalten reagierte auf die Erwartungen des Regimes und folgte gleichzeitig dem Grundsatz, Wissenschaft und Politik voneinander zu trennen.
5. Anpassung als Paradigmenwechsel durch die Übernahme der nationalsozialistischen Rassenideologie. Ein solcher Schritt war dort, wo er gemacht wurde, ein Bruch mit der wissenschaftlichen Tradition. Zwar existierte ein Rassismus mit antisemitischer Stoßrichtung an den Hochschulen auch schon vor 1933, dabei handelte es sich aber um ein Ressentiment, nicht um ein wissenschaftliches Konzept.
6. Eine bewusste Unterordnung der Forscher unter die Expansionspolitik des Regimes. Hierzu gehörten jene Teile der „Ostforschung“ oder „Westforschung“, die darauf gerichtet waren, die aggressive Politik des Regimes mit wissenschaftlichen Mitteln zu unterstützen, sowie Publikationen, die darauf abzielten, den Krieg zu legitimieren oder die Kriegsgegner zu diskreditieren. Auch im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik, später der Besatzungspolitik und bei der Plünderung von Bibliotheken, Museen oder Archiven in den von der Wehrmacht eroberten Teilen Europas haben Geisteswissenschaftler sich zur Verfügung gestellt.

Schon jetzt kann als gesichert gelten, dass es kaum einen Geisteswissenschaftler gab, der sich nicht in der einen oder anderen Weise dem Regime angenähert hat. Lassen sich doch sogar in den Veröffentlichungen von Hochschullehrern wie Werner Krauss oder Kurt Huber, die aktiv am Widerstand gegen die Diktatur beteiligt waren, Zugeständnisse an das Regime auffinden.³⁹ Offenkundig ist aber auch, dass die verschiedenen hier skizzierten Spielarten von Anpassung differenziert beurteilt werden müssen. In einigen Fällen blieb Anpassung ein Oberflächenphänomen, in anderen war zumindest das Bestreben spürbar, den Kernbereich geisteswissenschaftlicher Forschung von Zugeständnissen an das Regime freizuhalten. In vielen Fällen ging die Mitwirkungsbereitschaft von Geisteswissenschaftlern jedoch eindeutig an die Substanz. Dazu gehörte insbesondere eine erhebliche Bereitschaft, die aggressive Expansionspolitik des Regimes zu rechtfertigen und zu unterstützen. Hier befand man sich auf vertrautem Terrain, da solche Arbeiten an die chauvinistische Professorenliteratur des Ersten Weltkriegs anknüpfen konnten. In massierter Form äußerte sich diese Bereitschaft im sog. „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaftler“, den der Jurist Paul Ritterbusch seit 1940 im Auftrag des REM organisierte.⁴⁰

38 Viktor Klemperer, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Leipzig ³1968, S. 232ff.

39 Rosemarie Schumann, *Leidenschaft und Leidensweg. Kurt Huber im Widerspruch zum Nationalsozialismus*, Düsseldorf 2007 sowie Peter Jehle, *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat*, Hamburg 1996, S. 135ff.

40 Frank-Rutger Hausmann, *„Deutsche Geisteswissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945)*, Heidelberg ³2007.

Im Extremfall wurden Wissenschaftler zu geistigen Wegbereitern oder sogar zu Planern und Tätern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Das bekannteste Beispiel ist der im Auftrag Himmlers unter Leitung des Agrarwissenschaftlers SS-Oberführer Konrad Meyer erarbeitete „Generalplan Ost“ – eine Art „Masterplan für die verbrecherische Volkstumspolitik der SS in Osteuropa“.⁴¹ Faktisch handelte es sich um den Versuch, Hitlers Forderung nach einer rücksichtslosen „Germanisierung“ neuen „Lebensraumes“ im Osten mit den Mitteln der Wissenschaft planerisch umzusetzen. Der Plan sah vor, innerhalb von 25 Jahren fast 5 Millionen Deutsche im Westen der Sowjetunion anzusiedeln. Die ansässige slawische oder jüdische Bevölkerung sollte vertrieben, versklavt oder ermordet werden. Aufgrund der sich rapide verändernden Kriegslage konnte der Generalplan Ost allerdings nur in Ansätzen verwirklicht werden.

Zu den wissenschaftlichen Akteuren der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zählte auch eine Gruppe von Psychiatern, die als Gutachter im Rahmen der Euthanasiepolitik über Leben und Tod zahlreicher Psychiatriepatienten entschieden. Andere Mediziner missbrauchten Lagerhäftlinge als Material für wissenschaftliche Experimente mit manchmal tödlichem Ausgang. Diese Experimente sind lange Zeit als „Pseudo-Wissenschaft“ etikettiert worden, obwohl die meisten dieser „Pseudowissenschaftler“ durchaus die herkömmlichen akademischen Qualifikationsnachweise (Promotion, Habilitation) vorlegen konnten. Tatsächlich waren solche Menschenversuche aber vielfach Ausdruck eines genuin wissenschaftlichen Forscherdranges, weil bestimmte Probleme der Forschung, etwa die Wirksamkeit neuer Medikamente, auf diesem Wege am einfachsten und präzisesten gelöst werden konnten – anders als bei Tierversuchen, deren Ergebnisse sich nie mit Sicherheit auf Menschen übertragen lassen. Was diejenigen, die solche Humanexperimente durchführten, von anderen Wissenschaftlern unterschied, war nicht die wissenschaftliche Qualifikation, sondern die Bereitschaft, ethische Regeln zu verletzen, die bislang der medizinischen Forschung Grenzen gesetzt hatten. Einige dieser Experimente gehören zu den grauenhaftesten Kapiteln der Wissenschaftsgeschichte.

Entnazifizierung

Zu den wenigen politischen Zielen, über die sich die Alliierten 1945 rasch einig werden konnten, gehörte die Ausrottung des Nationalsozialismus in Deutschland. Eines der Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, war die gründliche Säuberung des Öffentlichen Dienstes von nationalsozialistischen Beamten. Dabei gingen die Besatzungsmächte in den jeweiligen Zonen mit unterschiedlicher Härte vor. Besonders rigoros verhielten sich, im Hochschulbereich wie auch anderswo, die USA und die

41 Isabel Heinemann, *Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft*, in: dieselbe und Patrick Wagner (Hg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 45–72, hier: S. 63.

Sowjetunion, während die Entnazifizierung in den Hochschulen der britischen und der französischen Zone moderater verlief.

Von einer rigorosen Ausgrenzung nationalsozialistischer Wissenschaftler konnte indes in keiner Besatzungszone die Rede sein.⁴² Selbst die Besatzungsmächte griffen gern auf das wissenschaftliche Expertenwissen ehemaliger Nationalsozialisten zurück, wie bereits 1945 zu erkennen war. So sicherte die Sowjetunion sich früh die Dienste des Chemikers Peter Adolf Thiessen (1899–1990), der bereits 1922 erstmals in die NSDAP eingetreten war und nach der „Machtergreifung“ als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Fachspartenleiter im Reichsforschungsrat wichtige wissenschaftspolitische Führungspositionen übernommen hatte. In der Sowjetunion beteiligte Thiessen sich als Leiter einer Gruppe deutscher Wissenschaftler am sowjetischen Atomprogramm, eine Tätigkeit, die 1951 mit dem Stalinpreis 1. Klasse honoriert wurde. Nach seiner Rückkehr avancierte Thiessen in der DDR zum Ordinarius an der Berliner Humboldt-Universität, zum Vorsitzenden des Forschungsrates und zum Mitglied des Staatsrates.⁴³ Demgegenüber interessierten die Amerikaner sich in erster Linie für jene Wissenschaftler, die seit 1937 in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde eine neuartige Raketentechnologie entwickelt hatten. Bereits im Herbst 1945 wurden Wernher von Braun und mehr als 100 seiner Mitarbeiter im Rahmen des Projektes Overcast in die USA gebracht, wo sie in Fortsetzung früherer Arbeiten mit der Entwicklung von Interkontinentalraketen für amerikanische Nuklearsprengköpfe beschäftigt waren. Die Mitgliedschaft v. Brauns (und einiger seiner Mitarbeiter) in der NSDAP und der SS erwies sich dabei nicht als Hindernis. Wernher von Braun wurde amerikanischer Staatsbürger und avancierte schließlich zum populären Vordenker des amerikanischen Raumfahrtprogramms.⁴⁴

In Deutschland waren die Anhänger einer radikalen Säuberungspolitik mit dem Problem konfrontiert, dass dieses Ziel im offenkundigen Widerspruch stand zu der Absicht, möglichst rasch einen funktionierenden Verwaltungsapparat, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und eine starke Wirtschaft, wieder aufzubauen. Für alle diese Bereiche wurden qualifizierte Spezialisten benötigt, deren Ausbildung normalerweise zu den Aufgaben der Universitäten gehörte. Außerdem ließ eine Politik rigoroser Entnazifizierung sich nicht mit dem Ziel einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft vereinbaren. Etwa 10 Prozent der deutschen Bevölkerung hatten der NSDAP angehört. Wenn man sich vor Augen hält, dass diese 10 Prozent in der Regel Ehepartner, Kinder, Eltern oder Geschwister hatten, die von ihnen abhängig waren, dann war ungefähr ein Drittel der Bevölkerung von der Entnazifizierung betroffen. Eine funktionierende Demokratie aufzubauen und gleichzeitig ein Drittel der Bevölkerung in das politische Abseits zu stellen, war aber schlechterdings un-

42 Siehe als Überblick Mitchell Ash, *Verordnete Umbrüche – konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 903–923.

43 Christina Eibl, *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899–1990). Eine biographische Studie*, Stuttgart 1999.

44 Werner Neufeld, *Wernher von Braun. Visionär des Weltraums – Ingenieur des Krieges*, München 2009.